

Vossische Zeitung



Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölftal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: "Unterhaltungsblatt", Finanz- und Handelsblatt. — Sonntag: Die illustrierte Beilage "Zeithelden" und Literarische Umschau. — Mittwoch: Reise- und Wandlung. — Donnerstag: "Recht und Leben".

Wöchentlich 1,- Mark, monatlich 4.80 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Abfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenspreise: mm-Zeile 20 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (in Ausw.) Handelsschriftl.: Carl Mich. Berlin, Unverf. Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Parasch-Bestraße Ullstein, Amt Dählhof (A 9) 3000-3000 Für den Parawerkamt Amt Dählhof 3000-3000. Telegramm-Adresse: Ullsteinw. Berlin. Postabonnenten-Verzeichnis.

Briand teilt die Befabungsminderung mit

Offizielles Schreiben an Stresemann

Sonderdienst der "Vossischen Zeitung"

6. Sept., 5. September

Heute abend haben die Mächte der Völkerbundkonferenz eine offizielle schriftliche Mitteilung durch den französischen Außenminister Briand an den deutschen Außenminister Stresemann gelangen lassen, betreffend die Mächte, in Erfüllung der von ihnen übernommenen Verpflichtungen die Befabung der Truppenzahl im besetzten Gebiet um 10 000 Mann auf 60 000 Mann angedehnt haben. Briand fügt hinzu, daß die Truppenverminderung in kürzester Frist durchgeführt werden soll.

Ueber die Form der Veröffentlichung der Mitteilung finden sich noch Verhandlungen zwischen dem französischen Außenminister und dem deutschen Reichsaussenminister. Nach dem Ergebnis der Einzelgespräche der Befabung und deren Durchführung noch eine zweite Mitteilung an Deutschland ergehen.

In den Berliner maßgebenden Stellen ist man der Auffassung, daß nach der offiziellen Mitteilung der geplanten Truppenverminderung, die in Genf der französische Außenminister Briand dem deutschen Delegationsmitglied Ministerialdirektor Dr. Gauss übermittelte, die Formalitäten beendet sind, die dem letztjährigen Abmarsch einzelner Truppenformationen vorzuführen hätten.

Es wird an maßgebender Stelle als nicht unrichtig angesehen, daß in der offiziellen Mitteilung die deutschen Figuren der Befabungstruppen hinführenden nun auch von der Oppositen als richtig anerkannt worden; denn es heißt darin, daß die Verminderung der Befabungstruppen um 10 000 Mann auf 60 000 Mann erfolgen soll. Von deutscher Seite war aber bisher schon die Zahl der Befabungstruppen auf 70 000 geblieben, während besonders von französischer Seite so lange niedrigere Zahlen genannt wurden.

Die offizielle Mitteilung ist im Morgen erfolgt im Namen der Mächte, die am 14. November 1926, also nach dem Abschluß des Vertrages von Locarno, das formelle Verprechen einer Truppenverminderung gegeben haben. Befähigt war von deutscher Seite besonders Wert darauf gelegt worden, daß durch eine Umorganisation der Stäbe Offiziere in den Rheinländern frei werden. Die Zusammenlegung von Stäben ist freierzeit zugestimmt worden. Da der letzten offiziellen Mitteilung wird sie nicht erwähnt. Es soll aber offenbar als eine rein mittelfristig-technische Angelegenheit von dem Kommando der Befabungstruppen selbst vorgenommen werden.

Man erwartet in Berlin, daß das Reichsstatistikamt erst im Verlauf oder nach dem Abschluß der morgen in Genf beginnenden Debatte über die Befabungsfrage den Gang der deutschen Verhandlungen berichten wird. Der Kaiser kommt morgen in Berlin an. Die erste Ratifizierung wird voraussichtlich erst Mitte des Monats stattfinden, wenn die offiziellen und privaten Unterhandlungen in Genf nach zu eingehender Berichterstattung nach Berlin gegeben haben werden.

Verständigung mit Belgien

Sonderdienst der "Vossischen Zeitung"

6. Sept., 5. September

In der deutsch-belgischen Angelegenheit über die Kriegsgesetze haben die Verhandlungen, die heute abend hier noch fortgesetzt werden, zu einem Einigungsversuch geführt zu werden, der die Ausdehnung auf Belgien hat. Die Belgier erklären, daß sie vorläufige Zustimmung geben, daß die weitere Behandlung der Frage ausgetilgt im Allgemeinen unannehmlich sei und deshalb aufgehoben werde. Da aber der belgische Außenminister Vanderveke in seinem Communiqué erklärt, daß er die ganze Frage mit der Sozialdemokratie bringen wolle, so besteht immerhin die Möglichkeit, daß in den bevorstehenden vier Wochen die ganze Frage früher oder später doch wieder in Betracht kommen wird. Ein Interesse der Verständigung mit Belgien wäre es aber jedenfalls zu beachten, wenn der Streitfall wenigstens vorläufig als beigelegt gelten könnte. Es soll, wie es heißt, darüber baldmöglichst in Berlin und in Brüssel gleichzeitig eine offizielle Mitteilung ausgegeben werden.

Der Kampf um das Präsidium

Von Georg Bernhard

6. Sept., 5. September

Die Wahl des Präsidenten der ersten Völkerbundversammlung war der Gegenstand einer heftigen Genesung. Seit langem hat man nicht mit ähnlicher Spannung im Referendationsland die Auslegung einer Präsidentenwahl erwartet, und noch niemals eine so große Anzahl von Kandidaten gemeldet. Die Hände von vier Delegierten geübt, während diejenigen, deren Kandidat den Präsidentenposten besetzen konnte, mit um so stärkerer Kraft applaudierten.

Die Vorgesetzte der Wahl, aus der schließlich der Delegierte Lugans, der als benachteiligter Minister seine Heimatstadt Republik in Paris vertritt, herbeizog, ist nicht ohne ein gewisses prinzipielles Interesse. Nicht etwa, indem es sich hier um eine Angelegenheit der hohen Politik handelte, sondern weil gewisse grundsätzliche Probleme der inneren Struktur des Völkerbundes dabei diskutiert wurden, wobei sie noch keine grundsätzliche Lösung fanden. Es gab ursprünglich zwei Kandidaten: den ersten Delegierten Spanns Adami und den russischen Teilnehmer der Berammlung G. A. Adami. Der nicht nur japanischer Gesandter in Belgien ist, sondern auch ein Mitglied der Kaiserlichen Akademie in Tokio und als Vizepräsident des Instituts für internationales Recht ein großes Ansehen in Völkerbundkreisen genießt, hätte zweifellos eine große Anzahl von Stimmen auf sich vereinigt, wenn er sich nicht im letzten Augenblick veranlaßt gesehen hätte, auf seine Kandidatur zu verzichten. Er gab gleich zu Beginn der Sitzung die Erklärung ab, daß er nicht zu kandidieren beabsichtige. Und die Gründe, die er anwand, stimmten mit dem überein, was man bereits über die japanische Kandidatur seit Tagen in Genf hören konnte: man wünscht hier von jezt ab stricte die Stellung durchzuführen, daß Mächte, die im Rate vertreten sind, nicht die Persönlichkeit der Berammlung innehaben. Man will dadurch deutlich die Unabhängigkeit der Berammlung vom Rate betonen.

Nach der früheren Zeit ist eine Ausnahme von dieser Regel gemacht worden, indem der belgische Außenminister Snymans zum Präsidenten der Berammlung gewählt wurde. Das hat damals schon eine gewisse Zustimmung erregt, und die Persönlichkeit von Snymans ist schließlich nur dadurch zustande gekommen, daß man Belgien und der Persönlichkeit von Snymans Neuerung erwiesen wollte. Das trocknen ein Reihe von Wählern daran dachte, den japanischen Vertreter zu präsentieren, erklärt sich vor allem dadurch, daß man den Wunsch hatte, auch einmal auf dem Völkerbundtag einen Vertreter eines anderen Ostasiens zu sehen. Der jetzige Vertreter Cujinas ist neu und man weiß auch nicht recht, wie weit er wirklich den größten Teil Cujinas gefühlsmäßig zu vertreten in der Lage ist. Die japanische Kandidatur, also wenig Aussicht gehabt. Deshalb präsentierten diejenigen Mächte, die einen ostasiatischen Kandidaten protegieren, Adami.

Das war aber infolgedessen eine große Komplikation, als Japan nicht wieder dem Rate vorübergehen, insofern als dauerndes Mitglied angelehnt. Deshalb präsentierten diejenigen Mächte, die einen ostasiatischen Kandidaten protegieren, Adami.

Das war aber infolgedessen eine große Komplikation, als Japan nicht wieder dem Rate vorübergehen, insofern als dauerndes Mitglied angelehnt. Deshalb präsentierten diejenigen Mächte, die einen ostasiatischen Kandidaten protegieren, Adami.

Frankreichs Abkehr von Moskau

Ratowski lenkt nicht ein

Sonderdienst der "Vossischen Zeitung"

6. Sept., 5. September

Der Zwischenfall Ratowski hat heute im Laufe des Tages eine Zuspitzung erfahren. Der russische Botschafter Ratowski, der sich in der Commerce-Strasse aufhält, ist nämlich nach Paris zurückgekehrt. Man dachte, er werde die Ansicht haben, den Zwischenfall durch Befriedigungen mit den zuständigen französischen Stellen beizulegen. Diese Hoffnung ist nicht erfüllt worden. Ratowski hat sofort beim Verlassen des Tages erklärt, daß er keinerlei Schritte unternehmen werde, sich zu entschuldigen, und daß er keineswegs die Ansicht habe, zurückzutreten.

In Paris, 5. September Die vom französischen Außenminister Briand in Genf gegebene Erklärung, daß er den Zwischenfall Ratowski mit der dem russischen Botschafter in Paris durch seine Steigerung ersten Resonanzenergie als erledigt betrachte, und daß er unter keinen Umständen wünsche, daß die diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland durch das behauerliche Zwischenfall beeinträchtigt werde, hat hier um so mehr übersehen, als Briand persönliche Stellungnahme in unvereinbar Widerspruch zu dem übermündlichen Festsetzt, die die französische Steigerung dem Zwischenfall gegeben hat.

Die von der französischen Regierung an Moskau ergangenen Vorstellungen und Befehle werden nicht etwa durch eine Zwischenfall, sondern durch eine Mitteilung der zuständigen französischen Stelle bekannt geworden. Wollte es schon allen diplomatischen

massigen Gespinnstweben zuwider, den Vertreter einer fremden Macht durch solche Veröffentlichungen bloßzustellen, so läßt die Behandlung, die die Affäre in den dem französischen Außenministerium nachstehenden Wäutern gefunden hat, wertvoll kaum mehr einen Zweifel über die Absichten, die man in Paris mit dieser Offiziere verfolgt. Diese bildet offenbar einen Teil des Reaktions gegen die Romanoffen, mit dem der Außenminister Cerroux die Wahlen des nächsten Jahres in dem von der Regierung gewünschten Sinne vorzubereiten gedenkt.

Schon bei einer früheren Gelegenheit hat Briand es nachdrücklich abgelehnt, die innenpolitische Auseinandersetzung mit den Kommunisten auf das außenpolitische Geleise zu verfrachten und dadurch die korrekten Beziehungen zwischen Frankreich und der Sowjetrepublik beeinträchtigen zu lassen. Seine in Genf gemachten Äußerungen zeigen, daß Briand an diesem Standpunkt unverändert festhält. Sie legen aber auch zugleich die Vermutung nahe, daß das französische Außenministerium mit der Veröffentlichung des Communiqués hinter dem Rücken seines verantwortlichen Leiters gehandelt haben muß.

Auf der anderen Seite allerdings muß festgehalten werden, daß Briand sich mit dieser Auffassung in der französischen Kabinett in der Tat nicht einverstanden ist. Während noch im Sommer die Beziehungen gegen die Romanoffen, mit dem der Außenminister Cerroux die Wahlen des nächsten Jahres in dem von der Regierung gewünschten Sinne vorzubereiten gedenkt.